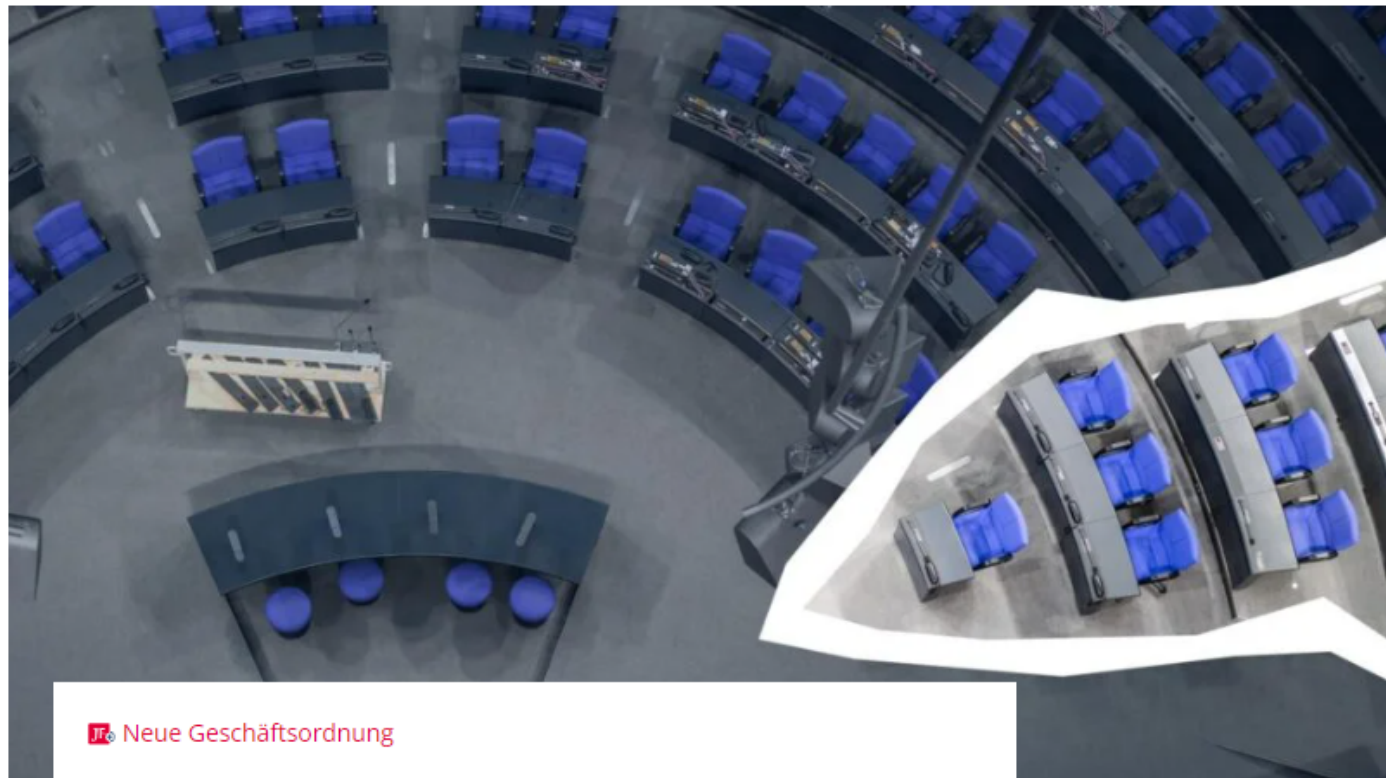


Weil das Thema zeitgeschichtlich außerordentlich wichtig ist, zitieren wir den Text als PDF . Verweise und alle Kommentare der Leserschaft lesen Sie, wenn Sie die Junge Freiheit testen/abonnieren. Wir empfehlen ein [Abonnement der Jungen Freiheit](#) ausdrücklich.

JUNGE FREIHEIT

WOCHENZEITUNG FÜR DEBATTE

Neue Geschäftsordnung: Wie die AfD künftig im Bundestag kaltgestellt werden soll



JF Neue Geschäftsordnung

Wie die AfD künftig im Bundestag kaltgestellt werden soll

Deutschland | 02. Juli 2024 | Henning Hoffgaard | 45 Kommentare

Nun soll alles ganz schnell gehen. Im Eilverfahren wollen die Ampel-Fraktionen eine neue Geschäftsordnung durch den Bundestag peitschen. Das Ziel ist offensichtlich: Die AfD soll kaltgestellt werden. Die Präsidenten erhalten dagegen eine ungeheure Machtfülle.

Eigentlich ist die Sache klar. „Jede Fraktion des Deutschen Bundestages ist durch mindestens einen Vizepräsidenten im Präsidium vertreten.“ So steht es in Paragraph 2 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages. Bisher. Ein umfangreicher Antrag zur Änderung ebenjener Parlamentarischen Regeln, der von den Ampelfraktionen wohl noch in dieser Woche eingebracht wird und der JUNGEN FREIHEIT vorliegt, will mit diesem eigentlich grundsätzlich verbrieften Recht Schluß machen.

Doch warum stellt die AfD trotz des Hinweises, daß sie als Fraktion einen Stellvertreter des Bundestagspräsidenten stellen muß, keinen Vizepräsidenten? Weil es einen zweiten Absatz gibt. „Gewählt ist, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages erhält.“ Ganze 21 Kandidaten schickte die Partei in 23 Wahlgänge. Immer scheiterten ihre Kandidaten. Die meisten Stimmen bekam noch der Abgeordnete Maite Kaufmann aus Baden-Württemberg am 22. September 2022. Er erhielt 106 Stimmen und 545 Parlamentarier stimmten gegen ihn. Die wenigsten Stimmen erhielten mit jeweils 78 Ja-Stimmen Tobias Matthias Peterka aus Bayern und Stephan Brandner aus Thüringen.

„Unklarheiten“ zu Vize-Präsidenten sollen ausgeräumt werden

Künftig soll es nun nur noch heißen: „Der Bundestag beschließt die Anzahl der Vizepräsidenten, wobei jede Fraktion mindestens für ein Amt zu berücksichtigen ist. Er legt fest, welche Fraktion jeweils für

Sitze der AfD-Fraktion im Bundestag; Rechte rechtskonform ausgegrenzt? Foto: Picture Alliance

weiches Amt einen Wahlvorschlag unterbreiten kann.“ bei Geschäftsordnungen geht es um Kleinigkeiten, „berücksichtigen“ statt „vertreten“ ist ein Unterschied. Das schreiben SPD, Grüne und FDP auch ausdrücklich in die Begründung.

„Die bisherige Regelung“, heißt es da, „nach deren Wortlaut jede Fraktion des Deutschen Bundestages durch mindestens einen Vizepräsidenten im Präsidium vertreten sein sollte, führte in der Vergangenheit zu Unklarheiten in Bezug auf das Verhältnis zwischen dem Vorschlagsrecht der Fraktionen und dem Grundsatz der freien und geheimen Wahl der Mitglieder des Präsidiums.“ Daß ein Kandidat also eine Mehrheit braucht, ist nun offiziell wichtiger als das Recht der Fraktionen, einen Bundestagsvizepräsidenten zu stellen.

AfD äußert scharfe Kritik

Und auch eine weitere wichtige Änderung ist vorgesehen. Scheitert eine Fraktion mit drei Kandidaten, bedarf „ein neuer Wahlvorschlag der Unterstützung von mindestens einem Viertel der Mitglieder“. Heißt: Eine Fraktion, die weniger als 25 Prozent der Abgeordneten stellt, wäre zwangsläufig darauf angewiesen, daß Abgeordnete anderer Fraktionen zustimmen, daß sie überhaupt noch Kandidaten aufstellen darf.

Obwohl die Buchstaben „AfD“ natürlich nicht auftauchen, ist klar, um wen es bei der neuen Geschäftsordnung geht. Entsprechend kritisch reagiert die Partei. „Mit diesem Entwurf sollen bislang rechtswidrige Zustände legalisiert und die Ausgrenzung und Drangsalierung der Opposition nun auch noch in die Geschäftsordnung aufgenommen werden“, empörte sich der Parlamentarische Geschäftsführer Stephan Brandner. „Das rechtswidrige Verhalten der Altfraktionen der letzten Jahre soll nun zu geltendem Recht werden und für die Zukunft sicherstellen, dass die AfD-Fraktion an den üblichen parlamentarischen Verfahren nicht teilhaben kann.“

Bundestags-Präsidenten erhalten enorme Machtfülle

Doch auch an anderen Stellen wollen die Ampelfraktionen ordentlich verschärfen. Beispiel: Ordnungsgelder. Diese werden bisher weitgehend willkürlich vom Präsidenten des Bundestages, aktuell SPD-Politikerin Bärbel Bas, festgelegt, sofern es zu einer „nicht nur geringfügigen Verletzung der Ordnung oder der Würde des Bundestages“ kommt. 1.000 Euro können dafür fällig werden, im Wiederholungsfall 2.000 Euro. Bisher.

Künftig soll auch der „sitzungsleitende Präsident“, also etwa Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt, solche Maßnahmen verhängen können. Und zwar doppelt so hoch wie bisher. Also 2.000 Euro und im Wiederholungsfall 4.000 Euro. Die Grünen-Politikerin sieht die Würde des Hohen Hauses allerdings schon verletzt, wenn in einer Debatte ums „Selbstbestimmungsgesetz“ der Name „Markus“ als Anspielung auf den sich als Frau fühlenden Grünen-Abgeordneten Markus Ganserer, der „Tessa“ genannt werden will, dazwischengerufen wird.

Zwischenfragen können komplett unterbunden werden

Überhaupt wird dem Präsidenten und seinen Stellvertretern deutlich mehr Macht eingeräumt. Etwa bei der Gewährung von Zwischenfragen. Bisher heißt es dazu in der Geschäftsordnung: „Zwischenfragen und Zwischenbemerkungen, die kurz und präzise sein müssen, dürfen erst gestellt werden, wenn der Redner sie auf eine entsprechende Frage des Präsidenten zuläßt.“ Die Entscheidung liegt also beim Redner, der dazu lediglich auf eine Frage des Präsidenten antworten muß.

Künftig „kann“ der Präsident „mit Einverständnis des Redners das Wort für Zwischenfragen oder -bemerkungen, die kurz und präzise sein müssen, erteilen“. Er muß es also nicht. Und damit künftig nicht mehr so sehr an der Geschäftsordnung herumpöbeln wird, dürfen Redner dazu nur noch drei statt bisher fünf Minuten sprechen.

Schwammige Begriffe

Auch schwammige Begriffe, die juristisch nirgendwo kodifiziert sind, sollen künftig in der Geschäftsordnung stehen. „Jegliche beleidigenden oder diskriminierenden, insbesondere rassistischen oder sexistischen Äußerungen oder Verhaltensweisen gegenüber einem anderen Mitglied oder Dritten sollen unterlassen werden“, heißt es da etwa. Was genau darunter zu verstehen ist, wird nicht festgelegt.

Nur so viel steht als Begründung: „Derartige Beiträge verstoßen gegen die Grundsätze der parlamentarischen Debattenkultur und gefährden somit die parlamentarische Beratung.“ Verstöße gegen den Gummiparagraphen sollen dann mit Ordnungsmaßnahmen, also Ordnungsgelder oder Ausschluß aus der Debatte, geahndet werden. Von einem Präsidium, in dem die AfD nicht sitzen soll, und Präsidenten, den die AfD nicht stellen soll.

Bemerkenswert ist, daß solche weitreichenden Änderungen ausschließlich von den Regierungsfractionen und ohne die Einbeziehung der Opposition durchgepeitscht werden sollen. Um längere Debatten dazu zu vermeiden, soll der kurzfristig vorgelegte Antrag voraussichtlich bereits am Mittwoch in den Bundestag eingebracht werden. Einen Tag später will auch die AfD erneut einen Kandidaten für das Amt des Vizepräsidenten vorschlagen. Es könnte der letzte sein.

[Kommentare ausblenden](#)

Kommentare

axel56 sagt:

3. Juli 2024 um 22:26 Uhr

Die AfD wird einmal an die Macht kommen. Dann gibt es Retourkutschen.

[Antworten](#)

MK hat das Wort sagt:

3. Juli 2024 um 22:15 Uhr

Jeder „Nazi“ Ruf kostet die Grünschnäbel in Zukunft also 4.000 Euro? Das macht ja Hoffnung. Achso, ja, die grüne KGE wird da natürlich geflissentlich weghören. Realitätsverlust ist hier ja Kernkompetenz.

[Antworten](#)

Jrg Kster sagt:

3. Juli 2024 um 18:08 Uhr

Eine Bankrotterklärung der Ampel. Sachlich fachlich und mit Diffamierung kann man die AfD nicht stellen, nun greift man zu solchen Mitteln. Wie steht die CDU dazu???
Klage vor dem Bundesverfassungsgericht???

[Antworten](#)

Ronald Hahn sagt:

3. Juli 2024 um 12:18 Uhr

Wobei, vermute ich, es nicht als Beleidigung gilt, jemanden „Nazi“ zu nennen.

[Antworten](#)

stauze sagt:

3. Juli 2024 um 11:39 Uhr

Mein Lebensalter ist das Gleiche wie die alte BRD und habe 2 Jahre am FuldaGAP für die Sicherheit dieses Staates gedient. Als ich in 1989 am Bundestag stand hätte ich nie gedacht dass das Kommunistische Denken der DDR die BRD für die ich geschworen habe das Recht und die Freiheit tapfer mit meine Leben als Soldat zu verteidigen. Deutschland ist kein Rechtsstaat mehr. Es ist ein ekelhafter Linksstaat geworden, in bester Tradition der DDR.

[Antworten](#)

AmpelNeinDanke sagt:

3. Juli 2024 um 10:29 Uhr

Die Ampel erinnert mich an eine Nazipartei

[Antworten](#)

infaustumveritas sagt:

3. Juli 2024 um 12:15 Uhr

Wie hieß eine Verkehrs-Regelungs-Beleuchtung von 1933 – 1945? Nazi-Ampel!

[Antworten](#)

Konservativer85 sagt:

3. Juli 2024 um 9:19 Uhr

Diese Regelung ist verfassungswidrig. Sie verletzt Parlamentarier in ihren Rechten.

[Antworten](#)

Andreas_Reschke sagt:

3. Juli 2024 um 8:44 Uhr

Das Parlament entledigt sich nach und nach von allen wahren demokratischen Regeln, um es somit unmöglich zu machen das jegliche Opposition zum Zuge kommt.
So ist es allerdings in jeden totalitären System, leider begreifen es viele Menschen immer noch nicht das in Deutschland das Torbogen in das totalitäre System nun zum dritten mal, innerhalb der letzten 91 Jahren, bereits durchschritten wurde.
Die Entstehung des totalitären Systems, bis hin zu seinem Höhepunkt, ist ein schleichender Prozess, welcher dem Volk langsam und mit permanenter Propaganda untergeschoben wird, Deutschland ist auf dem besten Weg dahin.

[Antworten](#)

Mediagnose sagt:

3. Juli 2024 um 8:25 Uhr

Ein weiterer Schritt Richtung DDR 2.0 ...

[Antworten](#)

Oberlausitzer sagt:

3. Juli 2024 um 9:08 Uhr

Nein das ist ein Schritt in Richtung 1933. So hat Hitler angefangen den Reichstag bzw das Parlament kalt zustellen. Aber das Deutsche Volk braucht eine Diktatur.

[Antworten](#)

Hajoto sagt:

3. Juli 2024 um 8:22 Uhr

Es geht doch um grundlegende Rechte, die gewählten Abgeordneten verweigert werden sollen. Kann man nicht dagegen klagen?

[Antworten](#)

Hic.rodos.hic.salta sagt:

3. Juli 2024 um 8:04 Uhr

Und, Leute, das sind die, die sich selber für die Ganzguten halten. Stellt Euch vor wenn mal die Ganzbösen an der Macht sind.

[Antworten](#)

AmpelNeinDanke sagt:

3. Juli 2024 um 7:28 Uhr

Ich wiederhole mich: Jetzt erst recht AfD.

[Antworten](#)

Kopfhörer sagt:

3. Juli 2024 um 7:19 Uhr

Das Kartell braucht die Spaltung, man will das US-Vorbild imitieren. Die staatliche Hetze, der Gender-Woke-Nonsense – sie verstärken es, man will alle abstoßen und vernichten, die sich nicht dem Diktat beugen und die anziehen und belohnen, die sich stromlinienförmig geben.

Als Abgeordnete 2ter Klasse, als Menschen 2ter Klasse – den Begriff „Untermensch“ will ich hier bewusst nicht verwenden – gilt es, eine rassistische Gesellschaftsordnung zu errichten bei der die Menschen 1ster Klasse – ich will sie nicht Herrenmenschen nennen, das würden sie aus Gendergründen ablehnen – das Stimmvieh in jeder erdenklichen Lebenssituation überwacht und bis in privateste Details gesetzlich einschränkt.

Die Rasse durch die der Menschen 1ster Klasse beschreibt ist nicht durch rein äußerliche Details festgelegt, sondern zur 1sten Klasse gehört wer sich gegen die Bevormundung nicht wehrt, stromlinienförmig agiert, sich von den Staatsmedien treiben lässt und sie konsumiert.

[Antworten](#)

Widerstandsgewächs sagt:

3. Juli 2024 um 5:46 Uhr

„Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ als Ewigkeitsklausel sollte vielleicht doch überdacht werden? Ich schlage vor: „Die Würde des Menschen ist unantastbar, es sei denn er ist Mitglied, Wähler, Repräsentant oder sonstwie, zum Beispiel verstehend mit der AfD verbunden!“ Einfach nur erschreckend wie eine Mehrparteiendiktatur vorbereitet und durchgesetzt wird!

[Antworten](#)

Gido_Becker sagt:

3. Juli 2024 um 5:04 Uhr

Wozu gibt es eigentlich diese Gleichstellungs- und Diskriminierungs-Beauftragten? Oder sind die nur dazu da, die links-grüne Agenda durch zu drücken? Man könnte durchaus den Eindruck gewinnen. Aber wäre das nicht antidemokratisch? So eine Art Gesinnungs-Polizei.

[Antworten](#)

Zabarkane sagt:

3. Juli 2024 um 1:42 Uhr

Die Wahlen stehen vor der Tür und unsere Ampel versucht auf Biegen und Brechen den Fokus auf Probleme außerhalb Deutschlands zu schieben. Und jeder weitere Schritt gegen die AfD, die in manchen Bundesländern schon fast 40% der Stimmen auf sich vereint, wird nur dazu führen weitere Wähler in deren Arme zu treiben. Das ist wie das Thema Zuwanderung. Das Rad dreht sich immer schneller und das werden die Ampelmännchen nicht mehr aufhalten.

[Antworten](#)

Markus Kreit sagt:

3. Juli 2024 um 1:21 Uhr

Die Lösung für alle Probleme der Altparteien wäre ein Gesetz, das Parteien, die die Regierung kritisieren, keinen Zugang mehr zum Bundestag erhalten. Dann könnten die Öko-Sozialisten endlich in Ruhe den Untergang des Landes vorantreiben.

[Antworten](#)

Gottfried Hermann Spieth sagt:

3. Juli 2024 um 0:55 Uhr

An irgend etwas muss der Mensch glauben. Die Altparteien glauben an die Demokratie in ihrer bürokratischen Form. Dieser Glaube sei ihnen von Herzen gegönnt. Es ist ja auch ihr Staat und nicht der unsere. Noch ist das so. Doch die Zeiten ändern sich, und wir uns mit ihnen. Trumps Amerika geht, Xi's, Putins und Modis Asien kommt. Dann ändern sich unsere Geschäftsordnungen ganz schnell. Und fast ganz

von alleine.

Antworten

Heinrich_Haupt sagt:

2. Juli 2024 um 23:15 Uhr

Würde und Glaubwürdigkeit des Parlaments werden durch diese willkürliche Diskriminierung einer Fraktion und Partei verletzt. Der Preis wird an den Wahlurnen entrichtet werden.

Antworten

Schmidt sagt:

2. Juli 2024 um 23:14 Uhr

Was wird denn daraus, wenn die AFD die Mehrheit hat, hoffentlich haben sich die Antidemokraten das gut überlegt.

Antworten

Bernd Schmieder sagt:

2. Juli 2024 um 23:00 Uhr

Also okay, ich sage euch: Wir sind keine Demokratie, wir waren es nie. Seit die Alliierten euch das Grundgesetz FÜR die BRD gegeben haben, wurde euch und später uns Ostdeutschen eingehämmert, dass wir eine Demokratie sind. Können wir weder durch das Parteiengesetz sein und wegen der weisungsgebundenen Staatsanwälte schon garnicht. Als Mitteldeutschland dem Grundgesetz beigetreten ist (nicht wiedervereinigt) hat man neu aufgeteilt. Die AFD (oder die JF) sind das Krebsgeschwür der Herrscher. Wobei ich überzeugt bin, daß die Herrscher weder der Souverän ist noch die Mitglieder des Bundestages oder der Regierungsbank. Die zerstören uns seit Jahrzehnten, wir sind nur eine zu starke Volkswirtschaft, als das es gleich auffällt.

Antworten

Stephan M. sagt:

2. Juli 2024 um 21:49 Uhr

Liebe JF: Der Bundestagsabgeordnete Malte Kaufmann von der AFD gehört nicht zu Thüringen sonder zu einem Wahlkreis in Rheinland Pfalz.

Ich kenne ihn nämlich persönlich sehr gut. 😊

Die AFD wird diese neue Satzung an ihrem Aufstieg nicht hindern. Das sind letzte Hilfeschreie einer verkorksten Regierung die ganz Deutschland gegen die Wand fährt!

Am Ende siegt immer das Recht und die Wahrheit. Jedes Narrenschiff musste am Ende endlich sinken!!

Antworten

Eberhard Schmidt sagt:

3. Juli 2024 um 13:05 Uhr

Ja, aber wir sind drin und sinken mit.

Antworten

LWA2020 sagt:

2. Juli 2024 um 21:38 Uhr

Scheibchenweise wird die parlamentarische Demokratie abgeschafft, vermeintlich um die parlamentarische Demokratie zu retten. Sie gehen immer dreister und immer unverfrorener vor.

Antworten

Thomas B. sagt:

2. Juli 2024 um 21:25 Uhr

Also wenn ein Björn Höcke in einem Interview darauf hinweist, dass Adolf Hitler heutzutage als das personifizierte Böse gilt, er aber damals genau so von allen weltpolitischen Vorgängen abhängig war – wie auch heute alle Staatsführungen, dann mag das wohl faktisch richtig sein, aber was kann man nach einer solchen Entschuldigung, von z. B. Menschen, die Tessa Ganserer ernsthaft für eine Frau halten, erwarten?

Für derartige Überlegungen müssten so wie so erst mal in der Bevölkerung die Grundlagen geschaffen werden. Aber das muss B.H. doch klar sein als Pädagoge, angeblicher Oberstudienrat.

Da darf man sich doch nicht wundern, wenn die versammelte Inkompetenz im Deutschen Bundestag Angst bekommt und alles tut um eine Partei, die solche Politiker in ihren Reihen hat, mit allem zu bekämpfen, was auch nur irgendwie in Reichweite ist, und sei es die Geschäftsordnung.

Möge Herr Höcke doch um Redezeit im Bundestag bitten, um darzulegen, dass Wahrheit nicht „Nazi“ sein kann.

Antworten

Joachim Reuter sagt:

2. Juli 2024 um 23:06 Uhr

Das sind doch etwas verworrene Gedankengänge. Ich finde es immer wieder faszinierend, wie einige Zeitgenossen die Welt nur erklären können, wenn in ihrer Erzählung als böse Buben erstens Höcke und zweitens Hitler auftauchen. Das scheint Rückschlüsse auf eine schwere Psychose zuzulassen.

Verstanden habe ich nicht, ob Sie allen Ernstes das faschistische (zumindest undemokratische) Verhalten der Altparteien mit deren Annahme rechtfertigen wollen, daß sie damit eine Rede von Björn Höcke im RT verhindern könnten.

Wäre der Bundestag ein Ort des freien Wortes, dann würde er nicht nur eine Rede von Höcke, sondern sogar die von einem Hitler- oder Stalin-Wiedergänger ertragen – ohne sich damit gemein zu machen. Menschen wie ich müssen ja auch z.B. den demokratiefeindlichen Unsinn des SPD-Bundespräsidenten ertragen. Und als guter Demokrat tue ich das auch, obwohl ich es – um ehrlich zu sein – nach Möglichkeit vermeide.

[Antworten](#)

Marco Mahlmann sagt:

3. Juli 2024 um 8:24 Uhr

Was hat Höcke mit dem Bundestag zu tun? Was hat Ihr Kommentar mit dem Artikel zu tun?

[Antworten](#)

Martin W. sagt:

2. Juli 2024 um 21:06 Uhr

sie versuchen nicht einmal mehr, demokratisch zu wirken

[Antworten](#)

Conte di Fonte sagt:

2. Juli 2024 um 20:44 Uhr

Selbstmord aus Angst vor dem Tod. Das links-grün-woke Machtkartell läuft Gefahr, zum Totengräber der Demokratie zu werden, Schritt für Schritt.

[Antworten](#)

Dieter sagt:

2. Juli 2024 um 20:44 Uhr

Alles vergeblich, die AfD gewinnt!

[Antworten](#)

Rolf Schneider sagt:

2. Juli 2024 um 20:19 Uhr

„Wir werden die AfD mit politischen Argumenten stellen“...CDU und diese grün versifften Schmierenkommödianten, an der Spitze die Stasi-Faeser mit Ihrem Arschkriecher Halt-den-zwang. Bisher haben sie ihre Niederlage nicht verkraftet, also werden Tricks aus der Nazi-Zeit angewandt, um 5 Millionen Wähler mundtot zu machen. Diese Politik-Verbrecher sind schlimmer als Göbbels.

[Antworten](#)

Wolfgang_Fischer sagt:

2. Juli 2024 um 20:18 Uhr

Illiberale Demokratie – da wird sicher die EU-Kommission eingreifen!

[Antworten](#)

Deuteronomium sagt:

2. Juli 2024 um 20:10 Uhr

Ein BK Scholz will schon in wenigen Monaten den polnischen Hinterbliebenen des 2. Weltkrieges Geld zukommen lassen. (Quelle: RTL2 Seite 121) Nach dem 4 + 2 Vertrag ist eigentlich alles abgegolten und warum sollten wir bestraft werden, (unser Steuergeld) womit wir absolut nichts zu tun hatten ? Junge Freiheit kannst du dich mal darum kümmern ? Danke ! Bzw. weiter an AfD, die haben Anwälte und wissen mehr. Veruntreuung von Steuergelder, dass riecht nach Klage. Der unentschlossene Wähler sollte spätestens jetzt wissen was zu wählen ist. AfD !

[Antworten](#)

Joachim Reuter sagt:

2. Juli 2024 um 20:08 Uhr

In ihrem Kampf gegen die Opposition scheuen sich die Altparteien nicht – selbst im sog. „Hohen Hause“ – faschistische Methoden anzuwenden.

Linksextremismus ist eben auch eine Form des Faschismus’.

[Antworten](#)

AnnePetra Kant sagt:

2. Juli 2024 um 20:08 Uhr

Die Arroganz der Regierenden wird immer unerträglicher!
Wer stoppt diese Leute endlich mal???
Braucht es dazu am Ende so etwas wie ein
Revolution in Frankreich?
Mir kommt es so vor.

[Antworten](#)

Klaus-Peter Löwe sagt:

2. Juli 2024 um 20:04 Uhr

Ich weiß nicht, wen das noch wundern soll. Überall hetzen CDU und CSU — und solange sie mit der Ampel noch die Mehrheit hat, wird afd bekämpft bis aufs Messer.... Apropos Messer. CDU setzt voll auf Islam, verharmlöst Messerstecherei und bejubelt eine von den Grünen abtrünnige neue MdB. Erdogan wird diese CDU zur Mitarbeiterin des Jahres erklären

[Antworten](#)

Gerrit Piechottka-Zölitz sagt:

2. Juli 2024 um 19:51 Uhr

Die selbsternannten „Demokraten“ zeigen, daß sie diese Zuschreibung nicht leben und nicht verdienen.

[Antworten](#)

Wilhelm Friedrich sagt:

2. Juli 2024 um 21:22 Uhr

Diese sich selbst zu „demokratischen Kräfte“ Erhöhten sind der Wurmfortsatz der einst in Ostdeutschland herrschenden deutschen demokratischen Republikaner, sie wird dasselbe Schicksal erteilen, heute noch 99,9% Zustimmung vom Volk, morgen von genau diesem Volk vom Hof gejagt.

Altparteien-Clan abwählen!

X AfD = Notwehr

[Antworten](#)

Grenzverletzer sagt:

2. Juli 2024 um 19:39 Uhr

Die AfD wird nicht kaltgestellt. Sie wird keinen Präsidiumsposten bekommen. Den braucht sie aber auch nicht. Eine symbolische Bewerbung sollte versucht werden und dann würde ich nichts mehr unternehmen. Die Ordnungsrufe kann man auf die Abgeordneten verteilen und gern mal einen richtigen Hammer raushängen. Also nicht klein Klein, sondern Doppel- und Dreifachwumse. Und ansonsten gilt: Verarsche anjesacht, wie der Berliner spricht. Also ruhig mal geschlossen mitstimmen und schauen, ob dann Panik bei den sog. Demokraten entsteht. Schlußendlich könnte man am Pult auch mal einen Furz lassen, zumindest sollte es so klingen. Das ist derzeit noch erlaubt. Aber bitte Quote beachten.

[Antworten](#)

Horrex sagt:

2. Juli 2024 um 19:33 Uhr

Es wäre weiß Gott nicht das erste Mal, dass „per Geschäftsordnung“ bzw. deren Änderung *m a s s i v* ein Teil eines Gremiums, Parlaments, ... benachteiligt würde. „Politik gemacht würde“. Charakteristisch für ein äusserst bedenkliches Demokratieverständnis der Ampelkoalition ist, dass sie – gewissermassen klammheimlich – nach der gerade erst erhaltenen EU-Wahl-Klatsche, drohenden Wahlklatschen in 8 Wochen und gravierend erodierten Zustimmungswerten in der Bevölkerung versucht, mit wirklich allen denkbaren Mitteln ihre Macht zu verteidigen. – Mark Twain wird zugeschrieben: „Politiker und Windeln müssen oft gewechselt werden, und das aus dem gleichen Grund.“ –

[Antworten](#)

dachsus sagt:

2. Juli 2024 um 19:16 Uhr

Wenn die AfD regieren würde, werden Andersdenkende politisch verfolgt ! – sagen die Regierenden, die grade dabei sind Andersdenkende politisch zu verfolgen

[Antworten](#)

infaustumveritas sagt:

3. Juli 2024 um 8:18 Uhr

Ein netter Spruch! Fast so wie „Deutsche schießen auf Deutsche, wenn Deutsche nach Deutschland wollen“. Apropos – was sind solche Ämter noch wert, wenn man sie einerseits der Mauerschützen-Partei hinterherwirft (Pau hat kein Recht mehr darauf) und sie andererseits einer Partei vorenthält, die ein Recht darauf hat. Seit Merkel hat sich Deutschland auf eine Stufe begeben, die absolut unwürdig ist. Und die Administrativen, die eigentlich „Schaden von Deutschland fernhalten und seinen Nutzen mehren sollen“ legen immer neue Kuckucks-Eier ins Deutsche Nest.

[Antworten](#)

Kunibert Pipenbrink sagt:

2. Juli 2024 um 19:12 Uhr

Dem Kartell der Altparteien graut offenbar vor nichts, um die aufstrebende Alternative für Deutschland von Macht und Pfründen fern zu halten.

[Antworten](#)

HINWEIS: Die Kommentarfunktion wird 2 Tage nach Veröffentlichungsdatum des Beitrages geschlossen.

Schreiben Sie einen Kommentar

Angemeldet als: Mediagnose

Kommentar *

Kommentar abschicken

1200 Zeichen verfügbar

Jetzt die JF stärken!

Unabhängigen Journalismus unterstützen!

 Spenden

Der nächste Beitrag

◀ Scholz will Entschädigung für polnische Opfer der deutschen Besatzung

Wie Baerbocks Nachtflug zum Laschet-Moment wurde ▶

ähnliche Themen

KOMMENTAR

Der juristische Kampf der AfD gegen Willkürregeln



Ulrich Vosgerau 6 Kommentare — 3. Juli 2024 17:55

AUSLAND


AfD ist nicht in gemeinsamer EU-Fraktion mit Orbán und FPÖ



JF-Online 31 Kommentare — 3. Juli 2024 17:01

KOMMENTAR

Die folgenschwerste Lüge unserer Zeit



Dietmar Mehrens 5 Kommentare — 3. Juli 2024 15:31

DEUTSCHLAND

Deutsche wollen strikere Migrationspolitik



JF-Online 14 Kommentare — 3. Juli 2024 15:01

DEUTSCHLAND

Universität-Lüneburg sagt Festakt aus Angst vor Anti-AfD-Protest ab



JF-Online 16 Kommentare — 3. Juli 2024 12:38

DEUTSCHLAND

Mehrheit der Deutschen hält Grüne für Oberschichtspartei



JF-Online 21 Kommentare — 3. Juli 2024 11:39

aktuelles

DEUTSCHLAND

Womit sich der Generalbundesanwalt beschäftigt – und womit nicht

DEUTSCHLAND

„Wolfsgruß“ bei EM-Spiel: Faeser empört über türkisches Nationalisten-Symbol

DEUTSCHLAND

Mercedes will doch am Verbrenner festhalten

JF-Online 3 Kommentare — 3. Juli 2024 13:54

KOMMENTAR

Skandalöse Kungelei: EU tritt Demokratie mit Füßen

Frank Hauke 16 Kommentare — 3. Juli 2024 9:53

JF-Online 8 Kommentare — 3. Juli 2024 13:25

DEUTSCHLAND

Scholz mischt sich in französischen Wahlkampf ein

JF-Online 28 Kommentare — 3. Juli 2024 8:26

JF-Online 9 Kommentare — 3. Juli 2024 10:42

GESELLSCHAFT

Wie die Türken bei der EM alle Sympathien verspielen

JF-Online 41 Kommentare — 3. Juli 2024 7:35

JF Buchdienst

Junge Freiheit Medienversand >> zum Shop



Migration ohne Grenzen

Wie Deutschland das Asyl-Chaos lösen kann



ALAIN DE BENOIST

Kritik der Menschenrechte

Warum Universalismus und Globalisierung die Freiheit bedrohen



GÜNTER SCHOLDT

Fußball war unser Leben

Wie Kämmerz und Politik die schönste Nebensache der Welt fast zerstörten



SERVICE

Aktuelle JF Ältere JF-Ausgaben Abonnement FAQ Leserdienst Archiv Rundbrief / Newsletter Fördern Werbung schalten Buchdienst

INFORMATION

Über den Verlag Die Geschichte der JF Blick in die Redaktion Stellenangebote Kontakt Impressum AGB Datenschutz

Abonnement

Suche...

JUNGE FREIHEIT

WOCHENZEITUNG FÜR DEBATTE



© 2024 JUNGE FREIHEIT Verlag GmbH & Co. KG - Alle Rechte vorbehalten. Nachrichten aus Politik und Wirtschaft, sowie zu aktuellen Themen aus Kultur und Wissenschaft.

nach oben